

**Konstituierende Sitzung des Verwaltungsrates des
Medizinischen Dienstes Hessen**

1. Sitzung in der 1. Amtsperiode, öffentlicher Teil

Termin: Mittwoch, 27. Januar 2021

Beginn: 10:10 Uhr

Unterbrechung: 12:15 Uhr bis 12:35 Uhr

Ende: 13:15 Uhr

Ort: Videokonferenz

Sitzungsleiter: Herr Detlef Stange

Teilnehmer/-innen: Siehe Teilnehmerliste

Schriftführer: Herr Claus-Ulrich Hantke

TOP 1 Begrüßung

Beschluss	Die Sitzungsordnung des Medizinischen Dienstes Hessen wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
-----------	--

TOP 2 Konstituierung des Verwaltungsrates des Medizinischen Dienstes Hessen zu seiner 1. Amtsperiode

Beschluss	Die Konstituierung des Verwaltungsrates des Medizinischen Dienstes Hessen zu seiner ersten (1.) Amtsperiode wird festgestellt.
-----------	--

TOP 3 Formalia

TOP 3.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Beschluss	Der Verwaltungsrat stellt fest: 1. Zu der konstituierenden Sitzung des Verwaltungsrates des Medizinischen Dienstes Hessen am 27.01.2021 ist ordnungsgemäß eingeladen worden. 2. Die Beschlussfähigkeit liegt vor.
-----------	---

TOP 3.2 Abstimmung der Tagesordnung

Beschluss	Der Verwaltungsrat genehmigt die mit der Beratungsunterlage zur Verfügung gestellte vorläufige Tagesordnung einstimmig.
-----------	---

TOP 4 Wahl der / des Vorsitzenden und der / des stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates des Medizinischen Dienstes Hessen

TOP 4.1 Wahl der Wahlleiterin / des Wahlleiters

Beschluss	Herr Dieter Göbel wird vom Verwaltungsrat einstimmig zum Wahlleiter für die Durchführung der Wahlen unter TOP 4.2 und TOP 4.3 gewählt.
-----------	--

TOP 4.2 Wahl der / des Vorsitzenden des Verwaltungsrates

Beschluss	Der Verwaltungsrat wählt einstimmig Frau Susanne Weyand zur Vorsitzenden des Verwaltungsrates des Medizinischen Dienstes Hessen.
-----------	--

TOP 4.3 Wahl der / des Stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates

Beschluss	Der Verwaltungsrat wählt einstimmig Herrn Detlef Stange zum stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates des Medizinischen Dienstes Hessen.
-----------	--

TOP 5 MD Hessen

TOP 5.1 Satzung des MD Hessen

Beschluss	<p>Der Verwaltungsrat beschließt die im Beratungsergebnis vorgestellte und angepasste Satzung des Medizinischen Dienstes Hessen einstimmig.</p> <p>Der beschlossene Satzungstext lautet daher wie folgt:</p> <p>Satzung Medizinischer Dienst Hessen</p> <p>§ 1 Name, Rechtsform, Sitz und Zuständigkeitsbereich / Einzugsgebiet</p> <p>(1) Der Medizinische Dienst Hessen führt den Namen „Medizinischer Dienst Hessen“ bzw. die Kurzform „MD Hessen“.</p> <p>(2) Der MD Hessen ist gemäß § 278 Absatz 1 SGB V eine rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts (K.d.ö.R.).</p> <p>(3) Der Zuständigkeitsbereich / das Einzugsgebiet des MD Hessen erstreckt sich auf das Bundesland Hessen. Der MD Hessen hat seinen Sitz in Oberursel / Taunus.</p> <p>(4) Der MD Hessen untersteht der Aufsicht der für die Sozialversicherung zuständigen oberste Landesbehörde des Landes Hessen.</p> <p>§ 2 Aufgaben</p> <p>(1) Der MD Hessen hat die ihm gesetzlich zugewiesenen Aufgaben nach den Sozialgesetzbüchern zu erfüllen.</p> <p>(2) Der MD Hessen nimmt Beratungs- und Begutachtungsaufgaben in Medizin, Sozialmedizin und Pflege wahr.</p> <p>(3) Der MD Hessen kann im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen auch weitere Aufgaben übernehmen.</p>
-----------	---

§ 3 Organe

Organe des MD Hessen sind der Verwaltungsrat und der Vorstand.

§ 4 Verwaltungsrat

(1) Dem Verwaltungsrat gehören gemäß § 279 Absatz 3 Satz 1 SGB V 23 Vertreterinnen und Vertreter an, die sich auf die nachfolgenden Vertretergruppen verteilen.

(2) Die Krankenkassen bzw. Krankenkassenverbände sind im Verwaltungsrat nach Maßgabe des § 279 Absatz 4 SGB V mit 16 stimmberechtigten Vertreterinnen und Vertretern repräsentiert, die sich wie folgt zusammensetzen:

a) AOK 4 Vertreterinnen und Vertreter

b) Ersatzkassen 8 Vertreterinnen und Vertreter

c) BKK 2 Vertreterinnen und Vertreter

d) IKK classic 1 Vertreterin bzw. Vertreter

e) Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (Landwirtschaftliche Kranken- und Pflegekasse) 1 Vertreterin bzw. Vertreter

(3) Die Verbände und Organisationen im Sinne von § 279 Absatz 5 Nr. 1 SGB V sind durch 5 stimmberechtigte Vertreterinnen und Vertreter repräsentiert.

(4) Die maßgeblichen Verbände der Pflegeberufe und die Landesärztekammer sind gemäß § 279 Absatz 5 Nr. 2 SGB V mit je 1 Vertreterin oder einem Vertreter ohne Stimmrecht repräsentiert.

(5) Jede Vertreterin und jeder Vertreter im Verwaltungsrat hat bis zu zwei Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter für den Verhinderungsfall. Listenstellvertretung ist möglich.

(6) Näheres regelt die Geschäftsordnung des Verwaltungsrates.

§ 5 Wahl bzw. Benennung der Vertreterinnen und Vertreter im Verwaltungsrat

(1) Die 16 Vertreterinnen und Vertreter der Krankenkassen bzw. Krankenkassenverbände im Verwaltungsrat und ihre Stellvertretung werden gemäß § 279 Absatz 4 SGB V von ihren zuständigen Selbstverwaltungsorganen gewählt.

(2) Die 7 Vertreterinnen und Vertreter der Verbände und Organisationen im Sinne von § 279 Absatz 5 Nr. 1 und 2 SGB V werden durch die für die Sozialversicherung zuständige oberste Landesbehörde des Landes Hessen benannt.

§ 6 Wahl der oder des Vorsitzenden des Verwaltungsrates

(1) Die oder der Vorsitzende des Verwaltungsrates und ihre oder seine Stellvertretung werden jeweils in der ersten Sitzung nach Ablauf der vorherigen Amtsperiode (§ 12 Absatz 2) aus dessen Mitte mit der Maßgabe gewählt, dass sie den Vorsitz bei gegenseitiger Stellvertretung abwechselnd für ein Jahr führen. Der Vorsitz wechselt jeweils zum 1. Januar eines Jahres.

(2) Die Reihenfolge wird zu Beginn der Amtsperiode festgelegt.

(3) Scheidet die vorsitzende Person oder deren Stellvertretung aus, wird eine Nachfolge gewählt.

§ 7 Aufgaben des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat hat

1. die Satzung einschließlich ihrer Änderungen zu beschließen,
2. die vorsitzende Person und Stellvertretung zu wählen,
3. die Vorstandsvorsitzende bzw. den Vorstandsvorsitzenden und ihre Stellvertreterin bzw. seinen Stellvertreter zu wählen,
4. den Haushaltsplan und einen eventuellen Nachtragshaushalt festzustellen, die Jahresrechnung abzunehmen sowie über die Entlastung des Vorstandes wegen der Jahresrechnung zu beschließen,
5. die Betriebs- und Rechnungsführung einmal jährlich zu prüfen,

6. die Richtlinien für die Erfüllung der Aufgaben des MD Hessen unter Beachtung der Empfehlungen des MD Bund nach § 283 Absatz 2 SGB V aufzustellen,
7. allgemeine Richtlinien für die Führung der Verwaltungsgeschäfte des Vorstandes zu erlassen,
8. über den Erwerb, die An- und Entmietung von Immobilien, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken sowie Errichtung von Gebäuden zu entscheiden,
9. über eine Amtsentbindung bzw. Amtsenthebung der oder des Vorstandsvorsitzenden bzw. der oder des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden zu entscheiden,
10. über die Errichtung und Auflösung von Nebenstellen zu entscheiden,
11. eine Geschäftsordnung aufzustellen und
12. im Bedarfsfalle Ausschüsse einzurichten.

§ 8 Verwaltungsratsplenum

- (1) Neben den Vertreterinnen und Vertretern im Verwaltungsrat nimmt der Vorstand des MD Hessen an allen Sitzungen teil.
- (2) Weitere Personen können im Einzelfall von den Vorsitzenden des Verwaltungsrates einvernehmlich als sachverständige Berater hinzugezogen werden. Ein ständiges Teilnahmerecht wird hierdurch nicht begründet.
- (3) Das Nähere bestimmt die Geschäftsordnung.

§ 9 Ausschüsse

Zur Unterstützung, Beratung, Vorbereitung oder Erledigung bestimmter Angelegenheiten des Verwaltungsrates können bei Bedarf vom Verwaltungsrat Ausschüsse gebildet werden. Das Nähere hierzu bestimmt die Geschäftsordnung.

§ 10 Jährliche Prüfung der Betriebs- und Rechnungsführung

Die Betriebs- und Rechnungsführung ist einmal jährlich zu prüfen. Der Verwaltungsrat beauftragt mit der Durchführung der Prüfung einen externen sachverständigen Prüfer, der in Form eines Prüfberichtes das Ergebnis der Betriebs- und Rechnungsprüfung dokumentiert.

§ 11 Ehrenamt, Entschädigung

(1) Die Tätigkeit der Vertreterinnen und Vertreter im Verwaltungsrat ist ehrenamtlich.

(2) Die Entschädigung der Vertreterinnen und Vertreter im Verwaltungsrat erfolgt nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften. In einer Entschädigungsregelung, die Bestandteil dieser Satzung ist, sind die Einzelheiten festzulegen.

§ 12 Amtsdauer

(1) Die gewählten und benannten Personen werden Vertreterinnen und Vertreter im Verwaltungsrat an dem Tag, an dem die konstituierende Sitzung des Verwaltungsrates stattfindet.

(2) Die Amtsdauer der Vertreterinnen und Vertreter im Verwaltungsrat beträgt 6 Jahre; sie endet jedoch unabhängig davon mit dem Zusammentritt des neuen Verwaltungsrates.

(3) Die Amtszeit der Vertreterinnen und Vertreter nach § 4 Absatz 2 darf zwei Amtsperioden nicht überschreiten. Personen, die am 1. Januar 2020 bereits Vertreterinnen und Vertreter im Verwaltungsrat eines Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung sind, können einmalig wiedergewählt werden.

§ 13 Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung

(1) Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Vertreterinnen und Vertreter ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der stimmberechtigten Vertreterinnen und Vertreter im Verwaltungsrat anwesend ist.

(2) Die Beschlüsse des Verwaltungsrates werden mit einfacher Mehrheit seiner stimmberechtigten Vertreterinnen und Vertreter gefasst.

(3) Beschlüsse in Haushaltsangelegenheiten und über die Aufstellung und Änderung der Satzung bedürfen der Mehrheit von zwei Dritteln der stimmberechtigten Vertreterinnen und Vertreter im Verwaltungsrat.

(4) Der Verwaltungsrat kann in dringenden Fällen ohne Sitzung schriftlich abstimmen. Das Formerfordernis der Schriftlichkeit ist auch durch telekommunikative Übermittlung wie z.B. Telefax oder E-Mail gewahrt. § 64 Absatz 3 Satz 3 SGB IV gilt entsprechend.

(5) Sitzungen des Verwaltungsrates können im Ausnahmefall auch per Video- und / oder Telefonkonferenz durchgeführt werden. Die gemäß Absatz 1 vorausgesetzte körperliche Anwesenheit wird durch die virtuelle Anwesenheit ersetzt. Näheres, auch im Hinblick auf die Beteiligungsmöglichkeit, regelt die Geschäftsordnung.

§ 14 Öffentlichkeit, Beratung

Die Sitzungen des Verwaltungsrates sind öffentlich, soweit sie sich nicht mit personellen Angelegenheiten des MD Hessen, Grundstücksgeschäften oder geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen (§ 35 SGB I) befassen. Für weitere Beratungspunkte kann die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Der Beschluss ist in öffentlicher Sitzung bekanntzugeben.

§ 15 Persönliche Betroffenheit

Eine Vertreterin oder ein Vertreter im Verwaltungsrat darf bei der Beratung und Abstimmung nicht anwesend sein, wenn ein Beschluss ihr oder ihm selbst, einer ihr oder ihm nahestehenden Person (§ 383 Absatz 1 Nr. 1 bis 3 ZPO) oder einer von ihr oder ihm vertretenen Person einen unmittelbaren Vor- oder Nachteil bringen kann.

§ 16 Amtsentbindung und Amtsenthebung

(1) Der Verwaltungsrat entscheidet mit einfacher Mehrheit gemäß § 59 Absatz 2 und 3 SGB IV über eine Amtsentbindung bzw. Amtsenthebung eines Mitglieds des Verwaltungsrates aus einem wichtigen Grund.

(2) Schließen Tatsachen das Vertrauen der Mitglieder des Verwaltungsrates zu der Amtsführung der vorsitzenden Person oder deren Stellvertretung aus, kann der Verwaltungsrat diese mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder abberufen.

§ 17 Vorstand

- (1) Der Vorstand wird aus der oder dem Vorstandsvorsitzenden und der Stellvertreterin oder dem Stellvertreter gebildet.
- (2) Die oder der Vorstandsvorsitzende und ihre oder seine Stellvertreterin oder ihr oder sein Stellvertreter führen hauptamtlich die Geschäfte und vertreten den MD Hessen gerichtlich und außergerichtlich. Die Vertretungsbefugnis des Vorstandes ist auf die oben genannten Aufgaben beschränkt. Näheres regelt die Geschäftsordnung.
- (3) Der Vorstand hat den Haushaltsplan aufzustellen und die Jahresrechnung zu erstellen.
- (4) Der Vorstand unterstützt den Verwaltungsrat bei der Vor- und Nachbereitung von Sitzungen und Beschlüssen und vollzieht diese.

§ 18 Ombudsperson

- (1) Beim MD Hessen wird gemäß § 278 Absatz 3 SGB V eine unabhängige Ombudsperson bestellt.
- (2) Die Bestellung, unabhängige Aufgabenwahrnehmung und Vergütung der Ombudsperson richtet sich nach der vom MD Bund dafür gemäß § 283 Absatz 2 Nr. 5 SGB V erlassenen Richtlinie in der jeweils geltenden Fassung. Der Verwaltungsrat bestellt eine Person durch einfachen Beschluss.
- (3) Die Ombudsperson berichtet gemäß § 278 Absatz 3 SGB V dem Verwaltungsrat und der zuständigen Aufsichtsbehörde in anonymisierter Form jährlich und bei gegebenem Anlass und veröffentlicht den Bericht drei Monate nach Zuleitung an den Verwaltungsrat und die Aufsichtsbehörde auf ihrer Internetseite.

§ 19 Aufbringung und Verwaltung der Mittel

- (1) Die zur Finanzierung der Aufgaben des MD Hessen nach § 275 Absatz 1 bis 3b SGB V, § 275a bis 275d SGB V und den nach dem SGB XI übertragenen Aufgaben erforderlichen Mittel werden nach § 280 SGB V von den Allgemeinen Ortskrankenkassen, den Betriebs- und Innungskrankenkassen, der landwirtschaftlichen Krankenkasse, den Ersatzkassen und der BAHN-BKK, die Mitglieder mit Wohnsitz im Einzugsbereich des MD Hessen haben, durch eine Umlage aufgebracht.

- (2) Die Mittel sind im Verhältnis der Zahl der Mitglieder dieser Krankenkassen mit Wohnort im Einzugsbereich des MD Hessen aufzuteilen. Die Zahl der nach Satz 1 maßgeblichen Mitglieder der Krankenkassen ergibt sich nach dem Vordruck KM 6 der Statistik über die Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung. Als Stichtag gilt jeweils der 01.07. des Jahres, für das der Haushaltsplan festgestellt wird.
- (3) Die Krankenkassen zahlen ihren Anteil an der Umlage als Abschlag vierteljährlich im Voraus und zwar jeweils zum 1. Januar, 1. April, 1. Juli und 1. Oktober jeden Jahres. Abweichend von Absatz 2 Satz 3 gilt als Stichtag zur Berechnung der Abschlagszahlungen der 01.07. des Jahres, das dem Jahr vorausgeht, für das der Haushaltsplan festgestellt wird.
- (4) Sobald die nach Absatz 2 Satz 2 maßgeblichen Mitgliederzahlen zum 01.07. des Jahres, für das der Haushaltsplan festgestellt ist, vorliegen, erfolgt auf der Basis dieser Mitgliederzahlen eine Neuberechnung der Umlageanteile. Aus dieser Neuberechnung resultierende Nachforderungen sind von den betreffenden Krankenkassen zu leisten, Erstattungen an die betreffenden Krankenkassen zu leisten oder mit noch ausstehenden Zahlungen zu verrechnen.
- (5) Eine Abrechnung der geleisteten Umlagen auf Basis des Jahresrechnungsergebnisses findet nicht statt.
- (6) Für die Kostentragung im Übrigen gelten § 280 Absatz 1 Satz 4 SGB V und § 280 Absatz 2 Satz 4 SGB V.
- (7) Die Leistungen des MD Hessen im Rahmen der ihm übertragenen Aufgaben nach § 275 Absatz 4 SGB V sind vom jeweiligen Auftraggeber durch ein aufwandsorientiertes Nutzerentgelt zu vergüten und auszuweisen. Eine Verwendung von Umlagemitteln nach Absatz 1 zur Finanzierung dieser Aufgaben ist ausgeschlossen.
- (8) Für die Verwaltung der Mittel gilt § 280 Absatz 3 SGB V.

§ 20 Dienstrecht

Für die von den vormaligen Landesversicherungsanstalten übernommenen Beamtinnen und Beamten gilt das Hessische Beamtengesetz in der jeweils geltenden Fassung. Insoweit ist der MD Hessen Dienstherr. Oberste Dienstbehörde ist der Verwaltungsrat. Dienstvorgesetzter ist die oder der Vorstandsvorsitzende.

	<p>§ 21 Bekanntmachung</p> <p>Satzungen, Satzungsänderungen und sonstiges autonomes Recht werden auf der Internetseite des MD Hessen und im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlicht.</p> <p>§ 22 Inkrafttreten</p> <p>(1) Die Satzung tritt gemäß § 415 Absatz 1 Satz 4 SGB V am Tag des Ablaufs des Monats, in dem die Genehmigung durch die für die Sozialversicherung zuständige oberste Landesbehörde des Landes Hessen erteilt wurde, in Kraft.</p> <p>(2) Satzungsänderungen und sonstiges autonomes Recht treten, wenn kein anderer Zeitpunkt bestimmt ist, am Tage nach ihrer Bekanntmachung (§ 21) in Kraft.</p>
--	---

TOP 5.2 Entschädigungsregelung MD Hessen

Beschluss	<p>Der Verwaltungsrat beschließt einstimmig die mit der Beratungsunterlage zur Verfügung gestellte Entschädigungsregelung einschließlich des unter § 3 auf 500,- € angepassten monatlichen Pauschbetrages für die Vorsitzenden des Verwaltungsrates.</p> <p>Die beschlossene Entschädigungsregelung lautet daher wie folgt:</p> <p style="text-align: center;">Entschädigungsregelung für die Vertreterinnen und Vertreter im Verwaltungsrat des Medizinischen Dienst Hessen</p> <p style="text-align: center;">Entschädigungsregelung gemäß § 11 Absatz 2 der Satzung des Medizinischen Dienstes Hessen auf Basis der Sozialpartnerempfehlung für die Entschädigung der Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane in der Sozialversicherung (November 2018)</p> <p>§ 1 Ersatz für Zeitaufwand für Sitzungen</p>
-----------	---

(§ 41 Absatz 3 Satz 1 SGB IV)

- (1) Die Vertreterinnen und Vertreter im Verwaltungsrat oder deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter erhalten einheitlich für die Teilnahme an einer Sitzung, unabhängig von deren Dauer, pro Sitzungstag einen Pauschbetrag in Höhe von 75,-- €.
- (2) Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende von Ausschüssen des Verwaltungsrates erhalten bei Sitzungen ihres Ausschusses den doppelten Betrag.

§ 2 Ersatz / Entschädigung
(§ 41 Absatz 2 SGB IV)

Der MD Hessen ersetzt gemäß § 41 Absatz 2 SGB IV den Vertreterinnen und Vertretern des Verwaltungsrates den aufgrund ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit beim MD Hessen tatsächlich nachweislich entgangenen regelmäßigen Bruttoarbeitsverdienst, unter Berücksichtigung der monatlichen Bezugsgröße gemäß § 18 SGB IV.

§ 3 Ersatz für Zeitaufwand außerhalb von Sitzungen
(§ 41 Absatz 3 Satz 2, 1. Halbsatz SGB IV)

Die / der Vorsitzende und der / die stellvertretende Vorsitzende des Verwaltungsrates erhalten für den Zeitaufwand ihrer Tätigkeit außerhalb von Sitzungen jeweils einen monatlichen Pauschbetrag in Höhe von 500,-- €.

§ 4 Ersatz von Auslagen außerhalb von Sitzungen
(§ 41 Absatz 1 Satz 2 SGB IV)

Die Auslagen der / des Vorsitzenden und der / des stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates für ihre Tätigkeit außerhalb von Sitzungen werden mit einem monatlichen Pauschbetrag in Höhe von jeweils 81,-- € abgegolten.

§ 5 Ersatz für Zeitaufwand anderer Vertreterinnen und Vertreter im Verwaltungsrat
(§ 41 Absatz 3 Satz 2, 2. Halbsatz SGB IV)

Die Vertreterinnen und Vertreter im Verwaltungsrat erhalten bei außergewöhnlicher Inanspruchnahme einen Pauschbetrag für Zeitaufwand außerhalb von Sitzungen, sofern sie im Einzelfall aufgrund eines besonderen Auftrages tätig werden. Dieser Pauschbetrag wird je Kalendertag auf 75,-- € festgesetzt.

§ 6 Ersatz von baren Auslagen
(§ 41 Absatz 1 Satz 1 SGB IV)

Die Reisekostenvergütung der Vertreterinnen und Vertreter im Verwaltungsrat richtet sich nach den folgenden Regeln:

I. Tagegeld

1. Tagegeld wird in der jeweils für den Vorstand geltenden Höhe gezahlt.

2. Wird von Amts wegen unentgeltlich Verpflegung gewährt, so wird das Tagegeld für das Frühstück um 20 v. H. (20%) für das Mittag- und das Abendessen um je 40 v. H. (40%) des vollen Tagesgeldes gekürzt.

3. Abweichend von der Regelung des I.2 können bei Sitzungen der Selbstverwaltungsorgane und ihrer Ausschüsse den Gremienmitgliedern auf Kosten des MD Hessen bzw. der Sozialversicherungsträger generell kostenlos Getränke sowie ein kleiner Imbiss zur Verfügung gestellt werden. Die Kosten hierfür dürfen 80 v. H. (80%) der Verpflegungspauschale für eintägige Reisen mit mehr als 8 Stunden gemäß § 9 Absatz 4a des EStG nicht übersteigen.

II. Übernachtungsgeld

1. Übernachtungsgeld wird in der jeweils für den Vorstand geltenden Höhe gezahlt.

2. Höhere Übernachtungskosten werden erstattet, soweit sie notwendig sind.

3. In den in § 7 Absatz 2 BRKG genannten Fällen wird kein Übernachtungsgeld gezahlt.

III. Unterkunfts- und Verpflegungskosten für Kraftfahrer

Soweit die Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane in ihrer Eigenschaft als Organmitglieder einen Personenkraftwagen benutzen und hierbei eine/n berufsmäßige/n Kraftfahrer/in in Anspruch nehmen oder wegen körperlicher Behinderung nicht selbst fahren können, wird für die/den Fahrer/in Tage- und Übernachtungsgeld nach Maßgabe der Abschnitte I. und II. gezahlt.

IV. Fahrtkosten

Es werden die tatsächlichen entstandenen notwendigen Fahrtkosten erstattet.

1. Kilometergeld

Die Nutzungskosten eines Kraftwagens werden durch eine Wegstreckenentschädigung nach § 5 Absatz 2 BRKG abgegolten (z. Z. 0,30 €/km)

2. Flugkosten

Hin- und Rückflugkarte.

Bei Flügen sollen grundsätzlich die Kosten für die Benutzung der niedrigsten Flugklasse als erforderliche Aufwendung angesehen werden.

3. Bahnkarten

- a) Fahrscheine bis zur Höhe der Kosten der 1. Klasse
- b) Aufpreise und Zuschläge für Züge
- c) Reservierungsentgelte
- d) Bettkarten oder Liegeplatzzuschläge.

4. Kosten für Fahrten vom oder zum Bahnhof bzw. Flugplatz sowie sonstige Kosten

- a) öffentlichen Nahverkehr
- b) Zubringer zum Flugplatz
- c) Taxi
- d) Gepäckkosten – Gepäckaufbewahrung
- e) Post- und Telekommunikationskosten
- f) Parkplatz- und Garagenkosten
- g) sonstige Kosten, die im Zusammenhang mit der Reise entstanden sind.

	§ 7 Inkrafttreten Diese Bestimmung tritt mit ihrer Bekanntmachung (§ 21 der Satzung) in Kraft.
--	---

TOP 5.3 Ombudsperson

Beschluss	Der Verwaltungsrat nimmt die Informationen zur Ombudsperson des Medizinischen Dienstes Hessen zur Kenntnis.
-----------	---

TOP 6 MD Bund

TOP 6.1 Wahlvorschläge für den Verwaltungsrat MD Bund

Beschluss	Der Verwaltungsrat nimmt die Informationen zur Kenntnis und wird in seiner nächsten Sitzung (19.02.2021) alle Wahlvorschläge des Medizinischen Dienstes Hessen für die Wahl in den Verwaltungsrat des Medizinischen Dienstes Bund benennen.
-----------	---

TOP 6.2 Benennung der Entsandten MD Hessen für die Entsandten-Versammlung MD Bund

Beschluss	<ol style="list-style-type: none">1. Aus der Gruppe der Selbstverwaltung der Krankenversicherung ist einstimmig Frau Angelika Kappe als Entsandte des Medizinischen Dienstes Hessen in die Entsandten-Versammlung zur Wahl des Verwaltungsrates MD Bund gewählt worden Herr Lutz Klutentreter ist einstimmig als Stellvertreter von Frau Angelika Kappe in diese Funktion gewählt worden.2. Aus der Gruppe der Patienten-, Betroffenen- und Verbraucherverbände ist einstimmig Herr Phillip Wendt als Entsandter des Medizinischen Dienstes Hessen in die Entsandten-Versammlung zur Wahl des Verwaltungsrates MD Bund gewählt worden. Frau Dr. Daniela Sommer ist einstimmig als Stellvertreterin von Herrn Phillip Wendt in diese Funktion gewählt worden.3. Aus der Gruppe der Berufsverbände ist einstimmig Herr Frank Stricker-Wolf als Entsandter des Medizinischen Dienstes Hessen in die Entsandten-Versammlung zur Wahl des Verwaltungsrates MD Bund gewählt worden. Frau Monika Buchalik ist einstimmig als Stellvertreterin von Herrn Frank Stricker-Wolf in diese Funktion gewählt worden.
-----------	---

TOP 6.3 Weiteres Vorgehen Wahl Verwaltungsrat MD Bund

Beschluss	Der Verwaltungsrat nimmt die Informationen zur Kenntnis.
-----------	--

TOP 6.4 Kooperationsrat / Mitgliederversammlung

Beschluss	Der Verwaltungsrat vertagt den Beratungspunkt auf eine seiner nächsten Sitzungen.
-----------	---